
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 23/3 (1996)

DOI: 10.11588/fr.1996.3.60441

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Schwierigkeiten, mit denen Vertreter der polnischen Historiographie nicht selten zu kämpfen haben. Die äußerst enge Spezialisierung verhindert einen breiteren Blick für den Kontext, in den die Danziger Politik in den dreißiger Jahren hineingestellt ist. Etwa im Zusammenhang mit einem von der DNVP geplanten Ermächtigungsgesetz, das dann nicht zustande kam (S. 37), oder mit der engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen (S. 56) gäbe es Anlaß zu einer Literaturdiskussion außerhalb des Danziger Zusammenhangs, die zur Bewertung der von Marek Andrzejewski beschriebenen Tatsachen hilfreich hätte sein können. Weiterführende Verweise unterbleiben nahezu völlig. Von einem zeitgenössischen methodischen Standpunkt aus sind die Fragestellungen banal bis ahistorisch, wie z. B. im Zusammenhang mit den Wahlen vom Mai 1933 die »Frage, ob die polnische Regierung imstande gewesen wäre, den Gang der Dinge zu verhindern« (S. 53). Der Perspektive des Autors entspricht es, die Einschätzungen des polnischen Kommissars grundsätzlich als Tatsachenfeststellungen anzunehmen. Während die Drangsalierungen von Oppositionellen erfreulicherweise eingehend geschildert werden, erwartete man über die dürren Feststellungen selbst hinaus einige Aufklärung darüber, wie es etwa gelang, 1937 zwei kommunistische Abgeordnete für die NSDAP-Fraktion zu gewinnen (S. 181).

Im Kontext der deutschen Danzig-Literatur ist die Arbeit wegen ihrer breiten Faktenbasis und der Auswertung polnischer Archive eine wertvolle Bereicherung. Und schon weil dies eine Seltenheit darstellt, sollte man die fast durchweg exzellente sprachliche Umsetzung in die deutsche Sprache würdigen. Eine *geschichtswissenschaftliche* Einordnung der Danziger Opposition auf der Basis der vorliegenden Faktographie muß jedoch noch geschrieben werden.

Frank GOLCZEWSKI, Hamburg

Klaus-Jürgen MÜLLER, David N. DILKS (Hg.), Großbritannien und der deutsche Widerstand 1933–1944, Paderborn (Schöningh) 1994, 268 S. (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart).

Unter den zahlreichen neuen Veröffentlichungen zur Geschichte des deutschen Widerstandes gegen Hitler nimmt der vorliegende Sammelband insofern einen besonderen Platz ein, als er kenntnis- und facettenreich und auf breiter Quellenbasis den Leser mit den neuen vielseitigen britischen Forschungsansätzen und Sichtweisen zu diesem Thema vertraut macht. Bereits in dem einleitenden pointierten Beitrag von KETTENACKER zu den Entwicklungen in der englischen Historiographie zum deutschen Widerstand treten die anfänglichen Vor- und Werturteile hervor, von denen sich die britischen Historiker in der Darstellung bzw. Leugnung einer deutschen Opposition gegen den Nationalsozialismus unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auch aus politischen Erwägungen nicht frei machen konnten. Inzwischen ist die Skepsis einer allgemeinen, verbindlichen Würdigung des Widerstandes gewichen, wenn auch einzelne Aspekte seiner Beziehungen zu Großbritannien noch unterschiedlich bewertet werden. Dies gilt insbesondere für die Beurteilung der Frage, warum die britische Regierung nicht auf die Hilfesuche von Helmuth James Graf Moltke, Adam von Trott zu Solz oder vermutlich auch von Claus Schenk Graf von Stauffenberg reagierte. Die vorliegenden Beiträge können hierauf eine umfassende Antwort geben, da sie das Problem sowohl unter außenpolitischen, als auch militärischen und geheimdienstlichen Aspekten beleuchten.

Aus der historischen Rückschau betrachtet scheint für die Haltung Whitehalls der Umstand von übergeordneter Bedeutung gewesen zu sein, daß eine Zusammenarbeit mit dem deutschen Widerstand der britischen Seite keinen unmittelbaren Nutzen zu bringen schien. Zudem bestanden aus englischer Sicht weder politisch noch technisch irgendwelche Möglichkeiten, der deutschen Opposition aktiv zu helfen, ohne die Interessen Großbritanniens zu gefährden. Dennoch hat es seitens der Geheimdienste tatsächlich Versuche gegeben, mit

Widerstandsorganisationen in Deutschland in Verbindung zu treten oder doch wenigstens mittels der Propaganda das deutsche Volk gegen das Regime aufzubringen (BALFOUR, ELKES). Da jedoch der erste wichtige Versuch, mit einer deutschen Widerstandsgruppe Kontakt aufzunehmen, scheiterte (der sog. Venlo-Zwischenfall), wurde in Anbetracht der großen Effizienz, mit der die Gestapo jegliche Opposition gegen Hitler aufspürte, auf weitere Geheimdienstoperationen dieser Art verzichtet (FOOT).

Allerdings besaß der britische Nachrichtendienst noch weitere schwerwiegende Gründe, warum er von einer Unterstützung des deutschen Widerstandes Abstand nahm. Es gehörte nämlich zu den Grundsätzen der SOE, nur dort Regimegegner zu ermutigen, wo sie ihnen auch tatsächlich wirkungsvoll helfen konnte. Dies setzte jedoch eine breite Zustimmung seitens der Bevölkerung für die Opposition voraus. Es war aber den Geheimdiensten nahezu unmöglich festzustellen, mit welchem Rückhalt die Widerstandskämpfer im deutschen Volk rechnen konnten. Trotz der fehlenden Informationen kamen sie aus ganz anderen, häufig zudem aus Vorurteilen gespeisten Überlegungen heraus jedoch zu dem, wie die Beiträge von BOBERACH und JOHE zeigen, zutreffenden Schluß, daß in Deutschland die Voraussetzungen für einen Volksaufstand fehlten. Denn die Flächenbombardements deutscher Städte brachen mitnichten den Kampfes- und Durchhaltewillen der Bevölkerung. Sie entfachten daher auch keine breite Opposition gegen das Regime, sondern verstärkten eher die Apathie in der Bevölkerung, die mehr und mehr daran glaubte, gegen die allumfassende Überwachung und den Terror nichts ausrichten zu können.

Auch das Kalkül der Briten, mit Hilfe der Fremdarbeiter in Deutschland eine Revolte gegen das NS-Regime anzetteln zu können, entbehrte jeder realistischen Grundlage. Vielmehr kann HERBERT in seinem kritischen Beitrag den Nachweis führen, daß sich vor allem unter den sowjetischen Fremdarbeitern ein politisch motivierter Widerstand erst relativ spät äußerte. Ihre einzige zentrale Organisation wurde bald von der Gestapo zerschlagen, so daß sich weiterer Widerstand nur noch auf lokaler Ebene im Winter 1944/45 regte. Zu diesem Zeitpunkt hatte London jedoch bereits die Hoffnung verloren, in Deutschland ein Widerstandsnetz errichten zu können.

Doch nicht allein die technischen Schwierigkeiten trugen dazu bei, daß alle Versuche der konservativen Opposition, mit der britischen Regierung Friedensfühler aufzunehmen, scheiterten. Von weitaus größerer Bedeutung war die fast »traumatische Fixierung« auf die Erlebnisse des 1. Weltkrieges sowohl in der Regierung als auch im Militär (DILKS) und ein weit verbreitetes Mißtrauen gegen die Emissäre, die insbesondere durch ihre anfänglich weitgehenden territorialen Forderungen die Skepsis der Briten und ihre bereits vorhandene Abneigung gegen die konservativ-nationale Führungsschicht verstärkten. Denn in konservativen wie in linken Kreisen in Großbritannien herrschte gleichermaßen die Meinung vor, daß erst der Adel und die Industriellen Hitlers Aufstieg ermöglicht hätten. Der »Blitzkrieg-Winter« schließlich verwischte jede Unterscheidung zwischen einem guten und einem bösen Deutschen (WILKINSON).

Nicht zuletzt machten sich die Verschwörer durch ihren Anti-Bolschewismus verdächtig. War ihre Unterstützung seitens der Linken daher aus ideologischen Gründen ausgeschlossen (NICHOLLS), so konnte die Regierung aus strategischen und bündnispolitischen Erwägungen keinesfalls auf das Angebot der Verschwörer eingehen. Seit Teheran waren den Verbündeten jegliche Sonderverhandlungen untersagt, und die britische Regierung wollte durch direkte Kontakte mit dem deutschen Widerstand nicht ihr Bündnis mit der Sowjetunion gefährden, ohne deren Hilfe der Krieg gegen Hitler nicht zu gewinnen war. Für die politische Führung Großbritanniens ging es aber im Sommer 1944 nicht mehr darum, den Krieg möglichst früh zu beenden. Sie wollten bis zur bedingungslosen Kapitulation weiterkämpfen. Die Männer des 20. Juli erkannten zu spät, daß für die Alliierten nur die völlige Niederlage Deutschlands die Grundlage für einen Neubeginn sein konnte.

Angela KAISER-LAHME, Passau